

Lauterbrunnen, 31. März 2026

Vernehmlassung zur Sicherheitspolitischen Strategie der Schweiz 2026 eingereicht durch Pro Schweiz

Inhalt

1. Grundsätzliche Position zum Entwurf «Strategie der Schweiz» vom 12. Dezember 2025 des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS).....	3
2. Einleitung und Würdigung des Vernehmlassungsverfahrens.....	3
3. Ausgangslage und sicherheitspolitische Grundhaltung.....	3
4. Neutralität als unverrückbare Grundlage der Schweizer Sicherheit.....	4
5. Neutralität als Schutzschild für den weltoffenen Handel der Schweiz.....	5
6. Die UNO-Charta und das Gewaltverbot als Leitlinie der schweizerischen Sicherheitspolitik.....	5
7. Das Zusammenspiel von Neutralität und Armee: Bewaffnete Neutralität als sicherheitspolitisches Kernprinzip.....	6
8. Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit als Kernaufgabe.....	6
9. Bekämpfung von Bedrohungen im vorgelagerten Raum als Bestandteil der glaubwürdigen Landesverteidigung (Feuerwirkung).....	6
10. Luftverteidigung, kritische Infrastruktur, Cyberabwehr und Nutzung des nationalen Know-hows.....	7
11. Der Wehrwille als Fundament der Landesverteidigung.....	7
12. Grenzen der internationalen Kooperation und Schutz der Souveränität.....	8
13. Finanzierung der Armee ohne Steuererhöhungen oder Rentenalter-Debatten.....	8
14. Verlässliche Rüstungsbeschaffungen als Voraussetzung für Sicherheit und Glaubwürdigkeit.....	9
15. Summary für Medien.....	9

1. Grundsätzliche Position zum Entwurf «Strategie der Schweiz» vom 12. Dezember 2025 des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

Eine starke, neutrale und eigenständige Schweiz ist sicherheitspolitisch stabiler als jede Form internationaler Abhängigkeit. Die Sicherheitspolitische Strategie 2026 muss diesen Grundsatz klar verankern, wenn sie glaubwürdig sein soll. Die Schweiz braucht eine klare, immerwährende und integrale Neutralität, eine eigenständige Landesverteidigung und eine Armee, die materiell und personell wieder voll handlungsfähig ist. Die Finanzierung der Armee ist ohne Steuererhöhungen möglich, wenn der Bund Prioritäten neu setzt, Effizienzsteigerungen realisiert und das Einnahmenwachstum nutzt. **Mit Blick auf diese Feststellung muss der Entwurf vom 12. Dezember 2025 zur «Sicherheitspolitischen Strategie der Schweiz» grundsätzlich überarbeitet werden.**

2. Einleitung und Würdigung des Vernehmlassungsverfahrens

Der Bundesrat hat mit dem Entwurf «Sicherheitspolitische Strategie 2026» ein wichtiges Vernehmlassungsverfahren eröffnet, das die sicherheitspolitische Ausrichtung unseres Landes für die kommenden Jahre prägen wird. Es ist zu begrüßen, dass die Behörden den Dialog mit der Bevölkerung, den Organisationen und den sicherheitspolitischen Akteuren suchen. Eine offene, transparente und breit abgestützte Diskussion ist in einer Zeit zunehmender geopolitischer Unsicherheit von zentraler Bedeutung. Die Möglichkeit, Stellung zu nehmen, stärkt die demokratische Legitimation der sicherheitspolitischen Grundsatzentscheide und trägt dazu bei, den auftragsorientierten Diskurs der Schweiz zu festigen.

Pro Schweiz nimmt diese Aufgabe mit Verantwortung und Ernsthaftigkeit wahr. Als überparteiliche, ausserparlamentarische Organisation mit über 26 000 Mitgliedern aus allen Landesteilen setzt sich Pro Schweiz für die Wahrung der Unabhängigkeit, Souveränität, Sicherheit und immerwährenden bewaffneten Neutralität der Schweiz ein. Unser Engagement gilt einer Schweiz, die ihre Freiheit selbstbewusst verteidigt, ihre staatliche Eigenständigkeit bewahrt und ihre sicherheitspolitische Rolle mit Klarheit und Berechenbarkeit wahrnimmt. Die vorliegende Vernehmlassung basiert auf dieser Grundhaltung und verfolgt das Ziel, die sicherheitspolitische Strategie des Bundesrates konstruktiv, aber klar und konsequent weiterzuentwickeln.

3. Ausgangslage und sicherheitspolitische Grundhaltung

Die internationale Lage hat sich in den letzten Jahren fundamental verändert und sie kann sich jederzeit, selbst in Europa erneut ändern. Die geopolitische Stabilität, die Europa über Jahrzehnte geprägt hat, ist erodiert. Grossmächte ringen teils mit militärischer Gewalt um

Einflusszonen, regionale Konflikte eskalieren schneller und hybride Bedrohungen – von Cyberangriffen über Desinformation bis hin zu wirtschaftlicher Erpressung – haben die klassische Trennung zwischen Krieg und Frieden aufgehoben. Die Schweiz steht als kleiner, aber hochentwickelter Staat mitten in diesem Spannungsfeld. Gerade deshalb braucht sie eine Sicherheitspolitik, die auf Klarheit, Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit, Souveränität und Berechenbarkeit setzt.

Der Entwurf zur sicherheitspolitischen Strategie 2026 des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) erkennt zwar die Verschlechterung der Lage, bleibt jedoch in zentralen Punkten unpräzise und teilweise widersprüchlich. Sie setzt auf internationale Kooperationen, ohne deren Risiken für die Neutralität und die sicherheitspolitische Souveränität der Schweiz ausreichend zu reflektieren. Sie benennt Bedrohungen, ohne die notwendigen Konsequenzen für die Landesverteidigung aufzuzeigen. Und sie bleibt bei der Frage der Finanzierung der sicherheitspolitischen Aufgaben vage.

Die Schweiz hat ihre Sicherheit historisch nie durch Bündnisse, sondern durch glaubwürdige Neutralität, Wehrhaftigkeit und diplomatische Integrität gesichert. Diese Grundsätze müssen auch im 21. Jahrhundert gelten. Eine glaubwürdige Sicherheitspolitik beginnt bei der Fähigkeit, sich selbst zu schützen – nicht bei der Hoffnung, dass andere es tun.

4. Neutralität als unverrückbare Grundlage der Schweizer Sicherheit

Die Neutralität ist kein taktisches Instrument, das je nach politischer Stimmungslage angepasst werden kann. Sie ist ein strategisches Fundament, das der Schweiz über Jahrhunderte Stabilität, Sicherheit und internationale Glaubwürdigkeit verschafft hat. Neutralität ist ein Schutzschild – politisch, diplomatisch und sicherheitspolitisch. Sie ist Ausdruck der schweizerischen Staatsraison und dient sowohl der inneren als auch der äusseren Sicherheit.

Die Strategie 2026 erwähnt die Neutralität zwar, definiert sie aber nicht verbindlich. Eine solche Unschärfe ist gefährlich. Neutralität darf nicht „flexibilisiert“ werden, wie es gewisse politische Kreise fordern. Ein neutraler Staat kann nicht zwischen Aggressor und Opfer unterscheiden, ohne seine Unparteilichkeit zu verlieren. Neutralität bedeutet Nichtteilnahme an militärischen und politischen Bündnissen, keine Sanktionen ausserhalb des UNO-Rahmens und keine sicherheitspolitischen Experimente, die die Glaubwürdigkeit der Schweiz als Vermittlerin untergraben.

Die Schweiz hat in ihrer Geschichte mehrfach erlebt, dass die Preisgabe der integralen Neutralität zu sicherheitspolitischen Risiken führt. Die Erfahrung des Völkerbundes in den 1930er-Jahren zeigt, dass Sanktionen und politische Parteinahme die Schweiz in gefährliche Abhängigkeiten bringen können. Erst die Rückkehr zur integralen Neutralität

1938 stellte die sicherheitspolitische Handlungsfreiheit wieder her und trug wesentlich dazu bei, dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg ihre Souveränität bewahren konnte.

Die Welt braucht neutrale Staaten – gerade in einer Zeit, in der die Blockbildung zunimmt und die diplomatischen Kanäle erodieren. Eine glaubwürdige neutrale Schweiz ist ein sicherheitspolitischer Mehrwert für Europa und die internationale Gemeinschaft. Sie ist ein Ort des Dialogs, der Vermittlung und der Deeskalation. Diese Rolle darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

5. Neutralität als Schutzschild für den weltoffenen Handel der Schweiz

Die Neutralität der Schweiz ist nicht nur ein sicherheitspolitisches Prinzip, sondern auch ein zentraler Pfeiler ihres wirtschaftlichen Erfolgs. Die Schweiz ist eines der global am stärksten vernetzten Länder. Ihr Wohlstand basiert auf offenen Märkten, stabilen internationalen Beziehungen und dem Vertrauen, das sie weltweit genießt. Dieses Vertrauen ist untrennbar mit ihrer Neutralität verbunden. Eine glaubwürdige, immerwährende und unparteiische Neutralität schützt den weltoffenen Handel der Schweiz, weil sie verhindert, dass das Land in geopolitische Konflikte hineingezogen wird, Handelswege blockiert, Investitionen gefährdet oder wirtschaftliche Beziehungen belastet werden können.

Neutralität ist damit ein wirtschaftlicher Schutzschild. Sie bewahrt die Schweiz vor Handelshemmnissen, vor politisch motivierten Gegenmassnahmen, vor wirtschaftlicher Erpressung und vor der Fragmentierung globaler Märkte. In einer Welt, in der geopolitische Spannungen zunehmen und wirtschaftliche Abhängigkeiten zunehmend als Druckmittel eingesetzt werden, ist eine glaubwürdige Neutralität wertvoller denn je.

6. Die UNO-Charta und das Gewaltverbot als Leitlinie der schweizerischen Sicherheitspolitik

Die schweizerische Neutralität ist tief im Völkerrecht verankert. Ein zentraler Pfeiler dieses Rahmens ist das in der UNO-Charta verankerte Gewaltverbot. Dieses Verbot bildet die Grundlage der internationalen Ordnung und ist zugleich ein entscheidendes Schutzinstrument für kleine Staaten wie die Schweiz. Die schweizerische Sicherheitspolitik muss sich klar an diesem Prinzip orientieren, denn es stärkt die Position der Schweiz als neutraler Staat und schützt das Land vor der Einbindung in fremde Konflikte.

Das Gewaltverbot schützt die Schweiz zwar völkerrechtlich, aber nicht physisch. Die UNO-Charta verpflichtet keinen Staat, die Schweiz zu verteidigen. Die Schweiz muss daher selbst in der Lage sein, das Gewaltverbot auf ihrem Territorium durchzusetzen, indem sie jeden möglichen Angriff glaubwürdig abschreckt und wenn nötig abwehrt. Bewaffnete Neutralität ist damit die sicherheitspolitische Umsetzung des Gewaltverbots auf nationaler Ebene.

7. Das Zusammenspiel von Neutralität und Armee: Bewaffnete Neutralität als sicherheitspolitisches Kernprinzip

Neutralität ist nur dann ein wirksames sicherheitspolitisches Instrument, wenn sie glaubwürdig praktiziert und geschützt werden kann. Eine Neutralität von Fall zu Fall und ohne militärische Stärke wäre sicherheitspolitisch wertlos. Die Schweiz hat sich deshalb bewusst für das Modell der bewaffneten Neutralität entschieden – ein Modell, das nicht auf moralischer Appellkraft, sondern auf realer Verteidigungsfähigkeit beruht.

Ein neutraler Staat, der nicht verteidigungsfähig ist, verliert seine Abschreckungswirkung und wird zum sicherheitspolitischen Risiko für sich selbst. Eine starke Armee ist daher kein Widerspruch zur Neutralität, sondern ihre Voraussetzung. Die Neutralität schützt die Schweiz vor der Teilnahme an fremden Konflikten, die Armee schützt die Neutralität vor der Missachtung durch andere. Beide Elemente bilden eine sicherheitspolitische Einheit.

8. Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit als Kernaufgabe

Die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz ist heute unzureichend. Die Armee ist derzeit nicht in der Lage, ihren Auftrag zu erfüllen oder die bewaffnete Neutralität durchzusetzen. Der in Art. 2 Abs. 1 der Bundesverfassung festgelegte Auftrag – die Freiheit und die Rechte des Volkes zu schützen sowie die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes zu wahren – ist unter den aktuellen Rahmenbedingungen nur eingeschränkt erfüllbar.

Eine glaubwürdige Landesverteidigung setzt voraus, dass die Schweiz ihre Armee wieder auf eine Truppenstärke bringt, die eine wirksame Mobilmachung ermöglicht. Eine Milizarmee von mindestens 250'000 Angehörigen, inklusive Reserve, ist notwendig, um die Durchhaltefähigkeit zu erhöhen und die Landesverteidigung realistisch zu gestalten. Mit dem heutigen Bestand können nicht einmal alle kritischen Infrastrukturen bewacht und geschützt werden.

Die Schweiz muss wieder in der Lage sein, Schlüsselräume zu halten, kritische Infrastruktur zu schützen und im Ernstfall rasch und koordiniert zu reagieren. Dazu braucht es ausgebildete, wehrwillige Soldaten, eine vollständige Ausrüstung aller Truppengattungen, moderne Artillerie, robuste Luftverteidigung, Drohnenabwehr und eine widerstandsfähige Infrastruktur.

9. Bekämpfung von Bedrohungen im vorgelagerten Raum als Bestandteil der glaubwürdigen Landesverteidigung (Feuerwirkung)

Die Schweiz verfügt über keine strategische Tiefe. Sollte die Verteidigung unserer Nachbarstaaten oder der sie tragenden Bündnisse (EU, NATO) zusammenbrechen oder gar Konflikte unter den Nachbarstaaten ausbrechen, stünde die Schweiz unmittelbar im

Wirkungsraum eines Angreifers. In einem solchen Szenario darf die Schweiz nicht darauf warten, dass feindliche Kräfte die Landesgrenze überschreiten. Eine glaubwürdige Landesverteidigung erfordert die Fähigkeit, das operative Vorgelände jenseits der Grenze im Rahmen des völkerrechtlich garantierten Selbstverteidigungsrechts feuertechnisch zu bestreichen, wenn ein Angriff unmittelbar bevorsteht oder bereits eingeleitet wurde.

Dies umfasst insbesondere die Fähigkeit, mechanisierte Verbände, Aufmarschzonen, Artilleriestellungen, Raketenabschussanlagen und Drohnen-Startpunkte im unmittelbaren Grenzraum zu neutralisieren, bevor sie auf Schweizer Territorium wirken können. Ein Staat, der sein gesamtes Verteidigungskonzept auf eigenem Boden umsetzen muss, wäre sicherheitspolitisch im Nachteil. Die Schweiz muss daher in der Lage sein, den angreifenden Feind bereits im vorgelagerten Raum zu verzögern, zu stören und zu schwächen, um die Verteidigung des eigenen Territoriums überhaupt zu ermöglichen.

Dieses Vorgehen ist kein Verstoss gegen die Neutralität, sondern deren sicherheitspolitische Konsequenz: Bewaffnete Neutralität bedeutet, dass die Schweiz jeden Angriff eigenständig abwehren können muss – auch dann, wenn die Bedrohung im unmittelbaren Vorfeld entsteht. Das Bekämpfen von Bedrohungen im vorgelagerten Raum ist daher ein integraler Bestandteil einer glaubwürdigen, modernen Landesverteidigung.

10. Luftverteidigung, kritische Infrastruktur, Cyberabwehr und Nutzung des nationalen Know-hows

Die Bedrohung aus der Luft hat sich grundlegend verändert. Drohnen, Marschflugkörper und ballistische Systeme prägen moderne Konflikte. Die Schweiz verfügt heute weder über ausreichende Mittel zur Abwehr solcher Bedrohungen noch über die notwendige Tiefe ihrer Luftverteidigung. Der rasche Ausbau der bodengestützten Luftverteidigung ist zwingend.

Gleichzeitig müssen lebenswichtige Infrastrukturen geschützt werden – Stromversorgung, Wasserversorgung, Gesundheitswesen, Transport, aber auch Rechenzentren, Datenknoten und Finanzinfrastrukturen von europäischer und globaler Bedeutung. Die Durchhaltefähigkeit der Truppe muss gestärkt werden, ebenso der Schutz vor Cyberangriffen.

Hier kann die Schweiz auf ihre Stärken zurückgreifen: die Miliz mit ihrem breiten Fachwissen, die ETH und die Fachhochschulen mit Spitzenkompetenzen in Robotik, KI, Kryptografie und Cybersecurity sowie die hochspezialisierte Schweizer Industrie. Diese Ressourcen müssen strategisch genutzt werden.

11. Der Wehrwille als Fundament der Landesverteidigung

Der Wehrwille ist das unsichtbare Fundament jeder Milizarmee. Wohlstand, gesellschaftliche Veränderungen und starke Zuwanderung haben dazu geführt, dass die Bereitschaft, das Land im Ernstfall zu verteidigen, nicht mehr selbstverständlich ist. Wehrwille entsteht jedoch nicht automatisch – er muss gepflegt, vermittelt und politisch unterstützt werden.

Eine glaubwürdige Armee stärkt den Wehrwillen, und ein starker Wehrwille stärkt die Armee. Die Schweiz muss gezielt in sicherheitspolitische Bildung, Milizstrukturen und eine politische Kultur investieren, die die Bedeutung der Landesverteidigung klar benennt.

12. Grenzen der internationalen Kooperation und Schutz der Souveränität

Die Strategie 2026 setzt stark auf internationale Kooperationen. Diese Tendenz ist sicherheitspolitisch riskant und neutralitätswidrig. Die Teilnahme an Nato-Bündnisfallübungen, die Integration in EU-Sicherheitsstrukturen wie PESCO oder die Ausweitung militärischer Auslandseinsätze sind mit einer glaubwürdigen Neutralität nicht vereinbar.

Die Schweiz muss ihre Sicherheit aus eigener Kraft gewährleisten und darf sich nicht in sicherheitspolitische Abhängigkeiten begeben, die sie im Ernstfall nicht kontrollieren kann.

13. Finanzierung der Armee ohne Steuererhöhungen oder Rentenalter-Debatten

Die Schweiz kann ihre Verteidigungsfähigkeit stärken, ohne die Bevölkerung mit Steuererhöhungen, MWST-Erhöhungen oder Rentenalter-Debatten zu belasten. Der Bundeshaushalt 2024 umfasst rund 91 Milliarden Franken. Davon entfallen 27,6 Milliarden auf die soziale Wohlfahrt, 11,6 Milliarden auf den Verkehr, 8,5 Milliarden auf Bildung und Forschung und 3,3 Milliarden auf die internationale Zusammenarbeit. Die Armee erhält lediglich 5,6 Milliarden Franken – weniger als ein Prozent des Bruttoinlandprodukts. Dieser Anteil ist historisch tief und sicherheitspolitisch unzureichend.

Eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 2% Prozent des BIP – rund 13 bis 14.5 Milliarden Franken – ist ohne Steuererhöhungen möglich, wenn der Bund Prioritäten neu setzt, sinnlose Umwelt, Kultur - und Asylausgaben drastisch reduziert und sich konsequent auf seine Kernaufgaben konzentriert. Die Schweiz verfügt zudem über strukturelle Wachstumsreserven im Bundeshaushalt: Einerseits kann durch den Einsatz von KI die Effizienz gesteigert werden und Personalressourcen reduziert werden, andererseits steigen die Einnahmen jährlich um 1,5 bis 2,5 Prozent, was zusätzliche 1,2 bis 2 Milliarden Franken

pro Jahr generiert – ohne eine einzige Steuer zu erhöhen. Wenn ein Teil dieses Wachstums zweckgebunden der Armee zugeführt wird, kann die Schweiz ihre Verteidigungsfähigkeit nachhaltig stärken.

Zusätzlich bestehen erhebliche Effizienzpotenziale im VBS. Die Reduktion externer Beratungsmandate, die Vereinfachung der Beschaffungsprozesse, die Vermeidung von Doppelspurigkeiten und die Konzentration auf den Kernauftrag der Landesverteidigung können jährlich mehrere hundert Millionen Franken freisetzen. Ebenso müssen Auslandseinsätze und internationale Engagements, die keinen direkten Beitrag zur Landesverteidigung leisten, kritisch überprüft und gegebenenfalls reduziert werden.

Die Schweiz kann ihre Verteidigungsfähigkeit also aus eigener Kraft stärken. Entscheidend ist der politische Wille, Sicherheit als Kernaufgabe des Staates zu priorisieren. Eine glaubwürdige bewaffnete Neutralität erfordert eine Armee, die materiell, personell und finanziell so ausgestattet ist, dass sie ihren Auftrag erfüllen kann – ohne dass die Bevölkerung zusätzlich belastet wird.

14. Verlässliche Rüstungsbeschaffungen als Voraussetzung für Sicherheit und Glaubwürdigkeit

Mehrere Rüstungsbeschaffungen sind in der Vergangenheit gescheitert oder massiv verzögert worden. Dies hat enorme Kosten verursacht und sicherheitspolitische Lücken geschaffen. Eine moderne Armee kann ihren Auftrag nur erfüllen, wenn ihre Ausrüstung nicht rechtzeitig, vollständig und zuverlässig verfügbar ist.

Die Schweiz muss ein Beschaffungssystem etablieren, das schneller, professioneller und strategisch kohärenter funktioniert. Rüstungsbeschaffungen dürfen nicht länger an politischen Blockaden, administrativen Hürden oder mangelnder Fachkompetenz scheitern. Es sind jetzt endlich in der Praxis bewährte Waffensysteme zu kaufen und nicht immer wieder mit «Swissness» aufgeblähte Zukunftsvisionen.

15. Summary für Medien

Vernehmlassung Sicherheitspolitische Strategie 2026 der Schweiz:

Pro Schweiz fordert grundsätzliche Überarbeitung

*Pro Schweiz fordert in ihrer Vernehmlassung zur Sicherheitspolitischen Strategie 2026 eine klare Rückbesinnung auf die **immerwährende, bewaffnete Neutralität** und eine konsequente Stärkung der **eigenständigen Landesverteidigung**. In diesem Sinn weist sie den Entwurf des VBS zurück.*

*Die überparteiliche Organisation betont, dass Neutralität nur dann glaubwürdig ist, wenn die Schweiz über eine **starke, modern ausgerüstete Milizarmee** verfügt. Dazu gehören eine robuste **Luftverteidigung**, die Abwehr von **Drohnen und Raketen**, der Schutz **kritischer Infrastruktur** sowie eine widerstandsfähige **Cyberabwehr**.*

*Pro Schweiz warnt vor einem sinkenden **Wehrwillen** und fordert verstärkte sicherheitspolitische Bildung sowie eine Stärkung der Milizstrukturen. Die Schweiz müsse ihr eigenes Know-how – Miliz, ETH, Fachhochschulen und Industrie – gezielt nutzen, um Fähigkeiten rasch auszubauen.*

*Finanziell zeigt Pro Schweiz auf, dass eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf **2 Prozent des BIP** ohne Steuererhöhungen möglich ist, wenn der Bund Prioritäten neu setzt und Effizienzsteigerungen realisiert. Gescheiterte Rüstungsbeschaffungen dürften sich nicht wiederholen.*

***Fazit:** Die Schweiz braucht eine klare, glaubwürdige und eigenständige Sicherheitspolitik, die ihre Neutralität schützt, ihre Verteidigungsfähigkeit stärkt und ihre Souveränität langfristig sichert. Der Entwurf des VBS vom 12. Dezember 2025 für die «Sicherheitspolitische Strategie 2026» muss dringend und grundsätzlich überarbeitet werden.*